

Maria Bitzan/Birgit Bütow

Herausforderungen an die Mädchenarbeit – Überlegungen im Spannungsfeld von gendersensibler, diversitätsbewusster Sozialer Arbeit und Neoliberalisierung

Der vorliegende Beitrag stützt sich auf einen Vortrag, den beide Autorinnen im Rahmen der Fachtagung »10 Jahre BAG Mädchenpolitik – Für einen lebendigen Diskurs in der Mädchenarbeit« im Dezember 2009 in Berlin gehalten haben. Die Autorinnen geben hierin die wesentlichen Gedanken wider und verzichten bewusst auf eine komplizierte Version der Inhalte und auf einen differenzierten Nachweis aller Literaturquellen. Vielmehr kommt es beiden darauf an, dass die komplizierten Problematiken verstanden und in der Praxis diskutiert werden, um dem Anliegen gerecht zu werden, dass sich Mädchenarbeit (wieder) ihrer politischen Funktion bewusst wird und sich offensiver einmischt.

Der Beitrag gliedert sich in fünf Teile: Ausgehend von einer gesellschaftlichen Diagnose, worin zentrale Tendenzen skizziert werden (I), und einer Bestandsaufnahme von Mädchenarbeit in Ost und West (II), werden aktuelle Entwicklungstendenzen im Bereich von Mädchenarbeit bzw. Gender in der Sozialen Arbeit thematisiert (III). In einem vierten Schwerpunkt stehen aktuelle theoretische Konzepte von »Diversity« und »Intersektionalität« im Mittelpunkt: Nach einer kurzen Vorstellung von Debatten um diese Konzepte sollen Chancen und Risiken für die Mädchenarbeit ausgelotet werden (IV). Abschließend wird ein Bezug zu den aktuellen und künftigen Herausforderungen in der Mädchenarbeit hergestellt (V). Die Ost-West-Dimension hat im vorliegenden Beitrag nicht die Bedeutung einer zentralen Differenzkategorie. Nach 20 Jahren deutscher Einheit können sowohl gemeinsame Herausforderungen als auch nach wie vor regionale Unterschiede herausgearbeitet werden. In Anbetracht der Situation von Mädchenarbeit im Gesamtkontext von Kinder- und Jugendhilfe macht es politisch und inhaltlich Sinn, die Gemeinsamkeiten statt Unterschiedlichkeiten auf die Agenda zu setzen.

I. Gesellschaftliche Diagnosen im Kontext von Neoliberalisierung

Die gesellschaftlichen Entwicklungen in den letzten 20 Jahren lassen sich mit den Schlagworten Globalisierung und Ökonomisierung, Abbau des Sozialstaats, neue gesellschaftliche Steuerungsmechanismen, Verkomplizierung von Ungleichheiten, Ausweitung von Armut sowie veränderte, unübersichtliche Geschlechterverhältnisse umschreiben. Auf einige soll im Folgenden eingegangen werden.

Europaweit lässt sich seit den 1990er Jahren in Folge des Zusammenbruchs des sozialistischen Gesellschaftsmodells, der beschleunigten technologischen Entwicklung und der fortgeschrittenen wirtschaftlichen Globalisierung einerseits ein Verlust gesellschaftlicher Integrationsmuster von Sozialstaat und Arbeitsmarkt und andererseits eine nahezu durchgängige Ökonomisierung bzw. Effektivitätsorientierung in der Gesellschaft beobachten: **Sozialpolitik unter neoliberalen Vorzeichen** ist immer weniger auf soziale Integration ausgerichtet. Auf der anderen Seite sind wachsende, schwieriger auszumachende und auch neue soziale Ungleichheiten (z.B. prekäre Arbeitsverhältnisse als Dauerzustand; Armutsrisiken von Mittelschichten) und zunehmende Verteilungsprobleme zu konstatieren. Dies zeigt sich auch in den Geschlechterverhältnissen, deren Widersprüche sich in neuer, komplizierter Weise dokumentieren (z.B. hat die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in einigen Bereichen neuen Aufwind, »CareArbeit« wird zunehmend privatisiert, ohne die »weibliche« Zuständigkeit zu thematisieren etc.).

Damit einher geht eine nicht auf den ersten Blick erkennbare Umwertung gesellschaftlicher Werte: Wenn man sich derzeitige politische Debatten ansieht, so tauchen Vokabeln wie Flexibilität, Steuersenkung, Wettbewerbsfähigkeit, Humankapital und -ressourcen, Bildungsinvestitionen, Wachstum, Sachzwänge, Freiheit sowie (Selbst-)Verantwortung häufig auf. Diese stehen in einem engen Zusammenhang zur Ökonomisierung in der Gesellschaft, in der es scheinbar klare Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge gibt. Zentrale (Glaubens-)Voraussetzung dieses neoliberalen Verständnisses von gesellschaftlicher Entwicklung

ist die individuelle Freiheit und Gleichheit. Menschen sind – formal betrachtet – alle mit gleichen »Startchancen« ausgerüstet und haben somit alle eine Chance auf Erfolg. Dahinter steckt das säkulare Konzept des Glaubens an den »Markt« als ökonomischer Gerichtshof für effizientes und ineffizientes Handeln und die »Freiheit« als unabwendbare Rahmenbedingungen. Damit entzieht sich die Politik ihrer Gestaltungsaufgabe.

Aktuelle politische Debatten fordern daher »Freiheit« statt »Gleichheit« und wenden sich gegen »Sozialismus« und kollektive Verantwortung. Eine Kritik gesellschaftlicher Lebenslagen wird somit erschwert: Vielmehr ist es der/die Einzelne, der/die dafür verantwortlich ist, »etwas aus seinem/ihrer Leben zu machen«. »Individualisierung« und die »Chance der Einzelnen« sind neue Leitmotive. Beispiele hierfür sind die Infragestellung der Solidargemeinschaft durch die Diskussion um die Umgestaltung der Krankenversicherung oder die Arbeitslosenversicherung durch Hartz IV. Die Soziale Ungleichheit wird vertieft, was wiederum von einem größeren Teil der Gesellschaft zunehmend akzeptiert wird. Die Politik verlässt die Idee einer gemeinschaftlichen Verantwortung für gesellschaftliche Probleme und setzt im Gegenteil auf die Verantwortung des einzelnen Individuums. Eigenverantwortung ist auch das Schlagwort, mit dem man die neuen (sozial-)politischen Steuerungsmechanismen umschreiben kann, die vielfach an Stelle staatlicher Verantwortung und Gestaltung getreten sind. So wird auch nicht mehr von »Lebenslagen« und »Strukturbedarfen« gesprochen, sondern von »individuellen Anstrengungen« und »individuellen Chancen«.

Die Begriffe und dahinter stehenden Konzepte von »Staat«, »sozialer Sicherheit«, »Gerechtigkeit«, »Verantwortung«, »Gleichberechtigung« und »Aktivierung« werden vor diesem neoliberalen Hintergrund neu gedeutet und verwendet, ohne dass auf den ersten Blick deutlich wird, dass es sich um einen grundlegenden Perspektiven- und Wertewandel handelt.

Mehr noch: Es gibt deutliche Indizien dafür, dass dieser Wandel Einzug in das Alltagsdenken und die Alltagskultur vieler Menschen gehalten hat: Ein erstes Indiz: Der Diskurs um Gerechtigkeit und sog. »SozialschmarotzerInnen« propagiert neuerdings, dass Menschen für Sozialleistungen zu Gegenleistungen verpflichtet sein sollten (»Fördern und Fordern« statt Anspruch auf Sozialleistungen) und findet in breiten Teilen der Bevölkerung Zustimmung. SozialwissenschaftlerInnen deuten diese Entwicklung mit der sozialen und ökonomischen Verunsicherung bislang gesicherter sozialer Schichten (vgl. z.B. Chassè 2008). Ein zweites Indiz für die Wirksamkeit des Wertewandels im Alltag ist der Wunsch nach vereinfachten

sozialen Problembeschreibungen angesichts der Komplexität des Sozialen. Die Tatsache, dass soziale Ungleichheiten heute nicht mehr offenkundig sind, sich verdeckter zeigen, zugleich aber auch tabuisiert sind, erschwert eine kollektive Positionierung und Wahrnehmung. Hinzu kommt – insbesondere im Hinblick auf Geschlechterungleichheiten – dass viele Problematiken sich differenziert darstellen und scheinbar nicht mehr »en vogue« sind. Dies zeigt sich z.B. in der Debatte um die Förderung von Mädchenarbeit im Kontext des aktuellen Mainstreams von Jungen als Bildungsverlierer. Ein drittes Indiz der Wirksamkeit des Wertewandels zur individuellen Selbstverantwortung liegt im Staats- und Bürokratiefrost, in der seit Jahren gewachsenen Politikverdrossenheit und im Vertrauensverlust gegenüber politischen Institutionen.

Es ist also nicht nur »der Staat« oder »die Politik«, die den Menschen eine neue Aktivierungs- und Ökonomisierungspolitik aufzwingen, sondern sie ist auch Teil des Alltags geworden. Dahinter verbirgt sich jedoch ein **verändertes Gesellschaftskonzept, das es gilt sich zu verdeutlichen und sich dazu zu positionieren!** Es ist wichtig, sich dies klar zu machen, da diese Ideen sich schon stark in den Köpfen »eingenistet« haben. Wenn soziale Ungleichheit thematisiert wird, wird nicht mehr über den *Prozess*, wie es zu Ungleichheiten und Ausschluss kommt, diskutiert, sondern nur die individuelle *Position*, in der die einzelnen Gesellschaftsmitglieder stehen. Das zentrale Stichwort »Selbstverantwortlichkeit« meint in diesem Zusammenhang: »Du musst selber sehen, was du daraus machst!«. Gesellschaftliche Widersprüche werden also zu Subjekt-Themen gemacht, d.h. als Probleme der einzelnen Personen individualisiert. Menschen wird in Notlagen zwar selbstverständlich geholfen (sie werden »gefördert«), aber sie müssen Gegenleistungen individuell erbringen. Somit wird verschwiegen, dass hinter den Problemen gesellschaftliche Strukturen und Konflikte liegen.

»Individualisierung« ist dabei eine **doppelgesichtige Figur**: in der Sozialen Arbeit war mit dem Begriff zeitweise die (fortschrittliche!) AdressatInnen-Orientierung gemeint (»Wir ziehen nicht nur Standardkonzepte durch, sondern gehen auf die einzelnen Personen individuell ein«). Das gleiche Wort bekommt in der heutigen neoliberalen Verwendung jedoch eine andere Bedeutung: Es geht nicht mehr um die Bedürfnisse Einzelner, sondern um die Eigenverantwortung für Lebenslagen, um ein »selbst Schuld«, auch wenn die Menschen selbst gar keinen Einfluss auf ihre Lebenslagen haben.

Wenn also die Forderung nach Individualisierung erhoben wird, müssen wir, um die beschriebene ideologische Untiefe

zu vermeiden, genau prüfen, in welchem Zusammenhang wir welche Begriffe benutzen und was mit diesen jeweils gemeint ist. Eine solche Verdeckung struktureller Zusammenhänge macht es Individuen viel schwerer, kollektive Erfahrungen und Betroffenheiten zu erkennen und entsprechend zu politisieren. Das **Umsetzungsinstrument** dieser Individualisierungs-Politik ist die »Aktivierung«. Unter emanzipatorischen Gesichtspunkten war und ist »Aktivierung« ein zentraler Begriff in der Mädchenarbeit: Schaffung und Förderung von Bedingungen, die *eigenen* Bedürfnisse zu erkennen und sich dafür einzusetzen. Die neoliberale Sozialpolitik meint mit »Aktivierung« hingegen ein Aktiv-Werden für das, was die Sozialpolitik *möchte!* Dieses Verständnis von Aktivierung fragt nicht nach den Bedingungen, wie überhaupt jemand die eigenen Bedürfnisse erkennen kann. Genauso wenig wird nach den Ressourcen gefragt, die jemand hat, um selbstverantwortlich für das eigene Leben einzutreten. Es gilt die Formel der Chancengleichheit, aus der ein unmittelbarer Handlungsdruck entspringt, da ja die äußeren Möglichkeiten angeblich immer gegeben sind. Oberstes Ziel des Konzepts ist, die Integration in die Erwerbsarbeit voranzubringen, alles andere ist höchstens Nebenziel. Es geht also um Selbstverantwortung für die eigene Integration (welche im Wesentlichen als Teilhabe am Arbeitsmarkt gedacht ist).

Diese neoliberale Politik setzt sich in eine pädagogische Aufgabe um und ist verbunden mit einem **anderen Verständnis von Prävention**. In der emanzipatorischen Sozialen Arbeit geht es um »Verhältnisprävention«, als Herstellung solcher Strukturen, in denen Kinder und Jugendliche gute Chancen haben sich zu entwickeln. Hinter der neoliberalen Variante steht jedoch das Konzept der »Verhaltensprävention«, in der es darum geht, Menschen so »einzuspüren«, dass sie sich konform verhalten und es keine schwierigen Situationen gibt. Diese Prävention setzt am Menschen an und nicht an den Strukturen. Dies zeigt sich bspw. in den regional umgesetzten Programmen von »Frühen Hilfen«, mit denen die Erwartung verbunden wird, Gewalt in Familien frühzeitig zu erkennen und zu verhindern. Abgesehen von den Schwierigkeiten, soziale Probleme umfassend zu verhindern, geht es doch im Kern um die effektivere Identifizierung und Kontrolle von »Risikofamilien«. Neben dem immer für die Soziale Arbeit virulenten Verhältnis von Hilfe und Kontrolle steht mit dem Abbau des Sozialstaats, der Propagierung von Eigenverantwortung und der Privatisierung sozialer Risiken, aber zudem auch Soziale Arbeit selbst immer mehr zur Disposition. Dies zeigt sich u.a. in den Tendenzen der De-Professionalisierung, der Verlagerung von bezahlten, professionellen Tätigkeiten auf das Ehrenamt, der Einsparung von ganzen Bereichen der Jugendhilfe.

Auch Mädchenarbeit ist davor nicht gefeit, sondern in besonderem Maße betroffen (vgl. III).

Diese skizzierten Prozesse betreffen seit 20 Jahren sukzessive alle europäischen Regionen und führen zu neuen Differenzierungen und Ungleichheiten. Aus diesen Gründen macht es wenig Sinn, lediglich die Differenzlinie Ost-West im Blick zu haben. Allerdings scheint es nötig, auf einige, nach wie vor immer noch vorhandene Unterschiede, Kontinuitäten und Diskontinuitäten aufmerksam zu machen.

II. Stand der Mädchenarbeit

Den Blick auf die Situation der Mädchenarbeit richten wir auf die Entwicklung der letzten 20 Jahre. Dabei macht es Sinn, zwischen den ostdeutschen und westdeutschen Hauptlinien zu unterscheiden. Das bedeutet nicht, dass die Unterschiede derart gravierend sind in der aktuellen Situation, aber es bedeutet, dass bestimmte Entwicklungen andere Vorgeschichten haben und auch manches hier oder dort prekärer erscheint. Im späteren Kapitel III werden dann die Entwicklungstendenzen nicht mehr zwischen Ost und West unterschieden.

Ostdeutsche Besonderheiten liegen in der kontinuierlichen De-Thematisierung von Geschlecht und in einer spezifischen politischen Kultur. In der DDR ist – im Vergleich zur alten BRD – seit den 1950er Jahren das Prinzip der Koedukation aus der Tradition der Arbeiterbewegung kommend durchgängig in Schule und Jugendarbeit durchgesetzt worden. Gleichberechtigung war das Motto für Mädchen und Jungen, getrennte Angebote für beide Geschlechter galten als historischer Rückschritt. Geschlechterunterschiede galten als prinzipiell überwunden und wurden daher auch nur marginal sozialwissenschaftlich analysiert. Man könnte daher auch sagen, dass Mädchen und Jungen weitgehend als geschlechtslose Wesen wahrgenommen wurden (Bütow 1994). Einen »heimlichen Lehrplan« der unterschiedlichen Behandlung von Mädchen gegenüber Jungen im Unterricht oder auch in der Jugendarbeit gab es dennoch, wie die wenigen sozialwissenschaftlichen Studien belegen. In der DDR galt einerseits die Norm der »patriarchalen Gleichberechtigung« (Mädchen tun es den Jungen gleich), andererseits reproduzierten sich geschlechtsspezifische Zuweisungen »unter der Hand«. Dieses wurde weder von den Mädchen selbst noch von wissenschaftlicher Expertise reflektiert. Diese Geschlechtsblindheit wurde nach der Wende in den 1990er und folgenden Jahren von Mädchenarbeiterinnen durchbrochen und in Frage gestellt. Dennoch kann konstatiert werden, dass in der DDR Mädchen in vielen

Bereichen (insbesondere in der Bildung) mit den Jungen gleichzogen, sie z.T. überflügelten – eine geschlechtsspezifische Segmentierung der Berufe und der beruflichen Positionen blieb ebenso erhalten wie weibliche Zuständigkeiten für Kindererziehung und Haushalt. Der 9. Jugendbericht 1994 war eines der ersten öffentlichen Dokumente, das Benachteiligungen von Mädchen gegenüber Jungen dezidiert nachwies und Schwerpunkte der Mädchenarbeit thematisierte. Die emanzipatorischen Potenziale des SGB VIII, insbesondere auch der § 9.3, waren nicht oder nur teilweise anschlussfähig an institutionelle, professionelle und reflexive Strukturen der Jugendhilfe Ost (bis in die Gegenwart) mit ihrer nahezu durchgängigen Geschlechtsblindheit. Mit dem Institutionen-Transfer in den 1990er Jahren und den zusätzlichen Förderprogrammen gelangten formale, zeitweilige Anpassungen an westdeutsche Jugendhilfestrukturen. Im Falle von Mädchenarbeit war dies in starkem Maße von der Mädchenlobby vor Ort abhängig. Modellprojekte galten als wichtiger Impuls zur Etablierung von Mädchenarbeit – oft konnten daraus aber keine dauerhaften Einrichtungen und Angebote entstehen. Die Verstetigung und institutionelle Verankerung erwies sich als Dauerproblem bis in die Gegenwart. Seit Mitte der 1990er Jahre kommen mit der Qualitätsdebatte in der Jugendhilfe und der Kommunalisierung erste Abbautendenzen und Ökonomisierung hinzu, die sich Anfang des neuen Jahrtausends weiter verschärfen. Vor dem Hintergrund der Debatten um Gender Mainstreaming (seit Ende der 1990er Jahre) ist Mädchenarbeit in Ostdeutschland – trotz regional vorhandener fachlicher, politischer und wissenschaftlicher Ressourcen – besonders bedroht, wieder »neutralisiert« zu werden. Zudem besteht das Problem, dass Mädchenarbeit – im Vergleich zu Westdeutschland – auf eine weniger starke Vernetzung (und Geschichte) zurückgreifen kann. Die Empfehlungen zur Mädchenarbeit (z.B. Sachsen oder Thüringen) konnten zwar nach vielen Widerständen in den Jugendhilfeausschüssen verabschiedet werden, sie hatten aber jedoch insgesamt wenig Ausstrahlung auf Entwicklungen in der Jugendhilfe. Mädchenarbeit in Ostdeutschland, so muss nach 20 Jahren konstatiert werden, hat sich in einigen städtischen Regionen entwickelt, hat sich dort mehr oder weniger erhalten und konnte sich weiter entwickeln – ein flächendeckendes Netz oder gar eine strukturelle Verankerung konnte sich nicht etablieren. Damit ist eine Verfachlichung erschwert. »Mädchenarbeit Ost« entwickelte sich im Spannungsfeld eigener Ansätze und fehlendem, verbindlichen Standard in der Jugendhilfe. Als eigene Ansätze und Schwerpunkte können bspw. Kooperationen mit der Jugendhilfe/Schulsozialarbeit (z.B. Mädchenzeiten an Jenaer Schulen oder Arbeit mit rechten Mädchen in Sachsen) genannt werden.

In Westdeutschland gab es in den 1990ern einen deutlichen **mädchenpolitischen Aufbruch**, der u.a. stark von der Einführung des KJHG 1990/91 befördert war. Mit dem Paragraphen § 9 Abs. 3 KJHG lag nun eine Gesetzesbegründung vor, mit der die Berücksichtigung von Bedürfnissen und Interessen von Mädchen in der Jugendhilfe eingefordert werden konnte. Die weitgehend in den 1980er Jahren im Kontext der feministischen Frauenbewegungen aufgebauten Angebote der Mädchenarbeit, vor allem Mädchentreffs, Zufluchtstellen, Mädchenangebote in koedukativen Räumen, Mädchenbildungseinheiten etc. hatten durch ihre Arbeit viele Lebenslagen und Themen von Mädchen offen gelegt und durch ihre Existenz bewiesen, dass ein Bedarf da ist und emanzipatorische Arbeit möglich und notwendig ist. Die Akteurinnen waren vor allem in Opposition zur herrschenden Sozial- und Jugendarbeit mit dem Aufbau der Projekte beschäftigt. Nun aber – auf der Basis der durch aktive Protagonistinnen voran gebrachten Gesetzgebung – gab es eine Basis und auch das Bewusstsein, sich nicht nur als Gegenstück, sondern vielmehr als wesentlicher Teil der Jugendhilfe zu verstehen und diese auch aktiv mitzugestalten und für ihre Öffnung zu kämpfen. In vielen Städten wurden Mädchenarbeitskreise gegründet, in denen sich Pädagoginnen aus unterschiedlichen Einrichtungen zusammenschlossen, um sich trägerübergreifend mit der Lebenssituation von Mädchen und der Angebotsstruktur für sie in der entsprechenden Kommune zu beschäftigen. Ein wichtiges – und beförderndes – Element war die Einmischung und Teilnahme an der örtlichen Jugendhilfeplanung, die mit dem KJHG zur Pflichtaufgabe der Kommunen erhoben worden war. Darüber hinaus gelang es in vielen Städten, die Aktivitäten in der Weise zu verstetigen, dass sich AK's eingemischt haben, es wurden Leitlinien zur Mädchenarbeit oder zur geschlechterbewussten Jugendarbeit entwickelt und durch die politischen Entscheidungsgremien verabschiedet. Damit waren vielerorts zwischen 1995 und etwa 2005 sehr gute Grundlagen für eine kontinuierliche Etablierung geschlechterbewusster Jugendarbeit und insbesondere der Mädchenarbeit gelegt. Schwieriger und im Laufe der Jahre dann auch umstrittener, ist der Prozess, ob und wie diese Vereinbarungen tatsächlich umgesetzt werden können.

Die **Früchte dieses Aufbruchs** lassen sich so zusammenfassen: Wir haben heute kommunal, landes- und bundesweit gute Vernetzungsstrukturen für Mädchenarbeit; fast überall – vor allem in der offenen Kinder- und Jugendarbeit – sind **Angebote für Mädchen eine Selbstverständlichkeit** (Mädchentag, Mädchengruppe, Mädchenzimmer ...) und wir müssen nicht mehr grundsätzlich legitimieren, warum, wieso und dass wir Mädchen in den Blick nehmen.

Aber in gewisser Weise ist die Mädchenarbeit **bei diesen Erfolgen stehen geblieben**. Viele fragen sich, wo der ›Biss‹ der Mädchenarbeit geblieben ist. Mehrere gleichzeitige Entwicklungen lassen sich als Erklärungen anführen, die für diesen Kontext bisher noch wenig reflektiert wurden: So herrscht die in Kapitel I beschriebene »Großwetterlage« neoliberaler Individualisierung, die u.a. zu einem Verlust der Erfahrung kollektiver Lebenslagen – eben auch mädchenbezogener – führt. Sie wird untermauert durch die in der Moderne möglich gewordene Ausdifferenzierung der Lebenslagen von Mädchen, die ihnen das Gefühl von Freiheit suggeriert. In den Vielfältigkeiten gemeinsame Betroffenheiten zu dechiffrieren, ist komplizierter und auch für Professionelle mühsamer geworden. Dies alles verbindet sich mit dem Generationswechsel in der Mädchenarbeit und dazu noch mit einer ökonomischen Drucksituation, die allenthalben gerade bei offenen Angeboten zu Mittelkürzungen statt Ausbau führt. Hinzu kommt eine größere Entfernung von Wissenschaft (Theoriebildung) und Praxis – die Subjekte ziehen nicht mehr am selben Strang. All dies sind Faktoren, die vor Ort unterschiedlich wirkmächtig sind, aber nicht zuletzt dazu führen, dass schon lang aktive Mädchenarbeiterinnen aktuell wieder vermehrt nach dem politischen Selbstverständnis und den kommunalen Einmischungsstrategien suchen.

Bis hierher stellen wir nun aber zunächst fest: Das professionelle Selbstverständnis auf der Ebene der Handlungskonzepte hat sich beträchtlich erweitert, dieser Fortschritt wurde aber mit einem Verlust der Reflexionstiefe bezahlt: Auf der einen Seite scheint für manche Mädchenarbeiterinnen die Mädchenarbeit eine fachliche Anforderung wie viele andere Anforderungen auch, sie machen Mädchenarbeit, weil es halt der Auftrag ist. Hierbei fehlt dann eine Auseinandersetzung damit, was die Tatsache, mit Mädchen emanzipatorisch zu arbeiten, mit ihnen als Person zu tun hat, wie sie selbst als erwachsene Frauen in unserer Gesellschaft die Widersprüche im Geschlechterverhältnis lösen, wie eigene Verstrickungen in traditionelle Geschlechterbilder und Bewältigungsstrategien aussehen etc. In den 80ern und 90ern brauchte die Mädchenarbeit diese Dimension, sonst hätte sie sich gar nicht entwickeln können. Heute haben diese Fragen eher einen negativen Anstrich als »Selbsterfahrung« oder »Nabelschau«.

Im Unterschied zu den Entwicklungen im Westen kann man für den Osten feststellen, dass die Thematisierung von Geschlecht als soziale Kategorie zur Etablierung von Mädchenarbeit geführt hat, wenn auch regional ganz unterschiedlich. Fachliche Impulse von der Mädchenarbeit auf die Jugendhilfe waren kaum auszumachen. Daher kann resümiert werden,

dass diese Entwicklungen einer Kontinuität der Ausblendung von Geschlecht, einer Tradition der De-Thematisierung im Ostdeutschland entsprechen.

Mit der Betonung der fachlichen und professionellen Seite der Mädchenarbeit ging die Verbindung verloren von den persönlichen, subjektiven Aspekten mit den politischen und gesellschaftlichen Aspekten der Mädchenarbeit. Nur eine Einordnung subjektiver Strategien, Herausforderungen und Verstrickungen bei sich selbst und den Adressatinnen in politische Zusammenhänge und Deutungsmuster kann auch Fachlichkeit in mädchenpolitischem Sinne weiterbringen

Auf der anderen Seite vernachlässigt neue Mädchenarbeit teilweise die strukturelle Ebene: Das praktische Tun wird nicht mehr auf die politische Seite übertragen. So findet weniger eine Auseinandersetzung damit statt, was Organisationen brauchen, wie TrägerInnen ausgestattet und orientiert sein müssen, damit sie Mädchenarbeit machen können, wie sich Organisationen im kommunalpolitischen Feld positionieren, etc. So haben wir zwar einerseits eine Anerkennung von Mädchen- und geschlechterbewusster Arbeit als fachlichem Standard, andererseits eine Verflachung, die die Verbindung der fachlichen mit der politischen Seite nicht mehr verfolgt und sich damit ihrer Grundlagen beraubt.

Der mädchenpolitische Aufbruch scheint also zum Stillstand gekommen zu sein!

Fassen wir zusammen: Hinsichtlich der allgemeinen Akzeptanz einer Genderorientierung in der Sozialen Arbeit als Standard ist für die Mädchenarbeit im Westen also nur ein sehr ambivalentes Ergebnis zu bilanzieren:

- Die Einführung des Gender Mainstreaming war für die Mädchenarbeit einerseits positiv, weil nun die Genderperspektive als politische Aufgabe die Kommunen und die TrägerInnen in die Pflicht nimmt. Andererseits ist zu beobachten, dass mädchenpolitische Anliegen dadurch wieder in die Defensive geraten. Beispiele: Frauenbeauftragte wurden zu Gleichstellungsbeauftragten, Mädchenarbeit wurde subsumiert im Programm zur geschlechterbezogenen Arbeit und die entsprechenden Mittel wurden halbiert.
- Ähnlich verhält es sich mit der neuen »Jungenorientierung«: es könnte einerseits als Erfolg gewertet werden, dass erkannt wird, dass es sich lohnt, die Lebenssituation von Jungen unter der Geschlechterperspektive zu analysieren und Jungenarbeit aufzubauen. Auf der anderen Seite

bedeutet dieser Erfolg aber neuen Legitimationsdruck für die Mädchenarbeit: »Genug für Mädchen, jetzt sind 'mal die Jungen dran!«. Dahinter steckt ein Konkurrenz-Denkmodell: den einen etwas zu geben, scheint zu bedeuten, den anderen etwas zu nehmen. Stattdessen könnten beide Seiten gefördert werden, ohne Rankings aufzustellen, wer denn nun bedürftiger sei...

III. Entwicklungstendenzen in der Mädchenarbeit unter neoliberaler Sozialpolitik

Für die Skizze derzeitiger Entwicklungstendenzen beleuchten wir zunächst die (geringen) Chancen der Genderperspektive im gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Diskurs, um dann im zweiten Teil auf veränderte Lebenslagen von Mädchen einzugehen – beides Aspekte, die sozusagen die Basis für die Weiterentwicklung der fachlichen emanzipatorischen Mädchenarbeit bilden.

Theoretische Perspektiven zur notwendigen Weiterentwicklung werden dann im IV. Kapitel erläutert.

III. 1. Rückläufigkeit der Genderperspektive in der Gesellschaft

In der Rede über den Bedeutungsverlust der Kategorie ›Gender‹ müssen wir unterscheiden zwischen sozialdiagnostischen Befunden (empirische Klärung von Benachteiligungen oder Unterschiedlichkeiten in der Relevanz von ›Geschlecht‹ für die Lebenszusammenhänge) und epistemologischen Befunden (die Rede über die Relevanz der Kategorie ›Gender‹) (vgl. Knapp 2001). Die diagnostizierte Rückläufigkeit beziehen wir zunächst auf die *Diskurse* in Politik, Praxis und Wissenschaft. Empirische Veränderungen (die u. E. aber nicht zum Bedeutungsverlust, sondern eher zu Bedeutungsverschiebungen geführt haben), sind im darauf folgenden Abschnitt angesprochen.

Die beschriebenen Individualisierungstendenzen führen dazu, dass kategoriale Perspektiven – zu denen die Genderperspektive als Grundkategorie unserer Gesellschaft zählt – zurzeit nicht mehr auf der Tagesordnung stehen. Die empirisch feststellbare zunehmende soziale Spaltung wird als Problem von Personen thematisiert, die arm werden, und nicht als strukturelles Problem; ebenso verhält es sich mit dem Thema ›Geschlecht‹: es gibt angeblich einige bedürftige Mädchen und Frauen, aber als strukturelle Benachteiligung wird diese Frage nicht thematisiert (allenfalls im Hinblick auf die Jungen als Schulver-

lierer – der anstehende Fachkräftemangel wirft seine Schatten in der Argumentation voraus – das hat mit einer Sensibilität für Geschlechterverhältnisstrukturen nichts zu tun...). Im Allgemeinen werden im Alltagsbewusstsein Lebenslagen nicht unter der Suchperspektive ›Gender‹ gedeutet, schon gar nicht mehr kollektiv.

In der Fachkultur stehen – durchaus auch bei kritischen Akteuren z.B. aus dem Fachbereich Soziale Arbeit – andere Themen im Vordergrund, wie etwa die Arbeitslosigkeits- und Armuts-thematik. **Die soziale Frage wird von ›Gender‹ abgekoppelt.** Die Genderthematik wird inzwischen eher als Luxus-Thema gehandelt, das man sich angesichts der »wirklichen« sozialen Probleme nicht mehr leisten könne. Dass es bei der Thematisierung von Gender ja eigentlich genau auch um strukturelle Benachteiligung und als Folge davon auch um Armut und Arbeitslosigkeit geht – also »wirkliche soziale Probleme« –, wird dabei übersehen. Dies hängt nicht zuletzt mit dem Existenzkampf der Sozialen Arbeit zusammen, die – mit dem Rücken zur Wand – schauen muss, wie sie ihre Felder verteidigen kann, da die neue Sozialpolitik versucht, vieles an der Sozialen Arbeit vorbei zu regeln.

Als Konsequenz daraus ist unseres Erachtens ein **Kampf um Gender Mainstreaming (wieder) notwendig**, um die Perspektive überhaupt erneut zu beleben.

Gewisse Theorieentwicklungen im Wissenschaftsbetrieb haben bei dem Bedeutungsverlust der Gender-Perspektive nicht nur gute Dienste geleistet, da sie diese von anderer Seite in Frage gestellt haben. Sie pointierten das angebliche Paradoxon, dass es möglicherweise ein Rückfall sei, wenn man Mädchenarbeit und Jungenarbeit an der Kategorie Geschlecht ansetze, weil man damit die jungen Menschen auf ihr Geschlecht zurückwerfe. Eine solche verkürzte Perspektive bringt allerdings den Status Quo (geschlechtsspezifische Benachteiligungen und Erfahrungen als Geschlechtergruppe) mit der Zielformulierung, die eine Gesellschaft anstrebt, in der Geschlecht keine Bedeutung mehr hat, durcheinander. Auch hier ist also Wachsamkeit geboten! (Vgl. auch IV.).

Auch **in der Jugendarbeit** geht die Genderperspektive zurück, u.a., weil die Offene Jugendarbeit insgesamt unter Legitimationszwängen steht: einerseits werden die offenen Angebote nicht mehr in gleichem Maße von Jugendlichen wahrgenommen wie früher. Es gibt Konkurrenz durch kommerzielle Angebote, die Freizeit von Jugendlichen ist inzwischen anders strukturiert durch Einrichtungen wie Ganztagschule und Vereine. Dies alles hat in den letzten Jahren dazu geführt, dass die

Offene Jugendarbeit als Regelangebot generell in Frage gestellt wurde. Andererseits gibt es neue Anforderungen an die Jugendarbeit: die Zusammenarbeit mit Schulen wird wichtiger, die Einrichtungen sind gefordert, bei den Betreuungsangeboten der Schulen mitzuwirken. Überall wird mit dieser intensivierten Form von Kooperation experimentiert und die Offene Jugendarbeit muss sich darin neu positionieren und auch verändern. Für die eigentlich längst erarbeitete Gender-Perspektive bleibt in diesen neuen Feldern anscheinend kein Raum; sie ist mit den neuen KooperationspartnerInnen scheinbar nicht verhandelbar, will sich die Jugendarbeit nicht ins Abseits stellen – meint sie zumindest. Diese Drucksituation der Jugendarbeit wird bei der Infragestellung der Mädchenarbeit nicht mit in Betracht gezogen. Ihre Schwierigkeiten sind aber größtenteils nicht ein Spezifikum der Mädchenarbeit allein, sondern etwas, womit die Jugendarbeit insgesamt zu kämpfen hat. Dieser gedankliche Bogenschlag ist notwendig, um uns nicht falsch verunsichern zu lassen.

Bei diesen neuen Anforderungen an die Jugendarbeit geschieht das, was immer zu beobachten ist, wenn sich ein neues Feld auftut: Es wird diskutiert, **als wenn wir noch nie Mädchenarbeit und Jungenarbeit gehabt hätten**, als wenn noch nie über Geschlechterdifferenzierung gesprochen worden wäre. Wir müssen dabei ganz von vorne anfangen, den Geschlechterblick in die Diskussionen und Konzeptionen einzubringen. Es gibt zwar einzelne Projekte, in denen das gut gelingt, auf struktureller Ebene der Kooperation mit Schule gibt es unseres Wissens jedoch (noch) keine Bestrebungen dazu.

Am Beispiel von **Ostdeutschland** lassen sich in der (Offenen) Jugendarbeit, insbesondere auch in der Mädchenarbeit neue Entwicklungstendenzen ausmachen, die den weiter vorn dargestellten Tendenzen von Armut und Aktivierung entsprechen. Angebote der (Offenen) Mädchenarbeit fallen nicht nur Sparmaßnahmen zum Opfer, sie werden zunehmend zu Ausfallbürgen für Mädchen aus Familien, die in Armut leben. Fürsorge, Linderung der Not, das Kümmern um das Allernotwendigste tritt anstelle inhaltlicher (Bildungs-)Arbeit – so eine Tendenz. Zum anderen unterliegen Mädchenspezifische Jugendhilfeangebote der Anforderung, Mädchen möglichst »effektiv« Hilfen und Angebote zu gewähren, um dem (nicht vorhandenen) Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen, oder die Hilfen möglichst kurz zu gestalten (also Mädchen möglichst schnell wieder in Familien zurück zu bringen). Präventive Angebote sollen sich »rechnen«: So wird bspw. implizit erwartet, dass mit den jährlich stattfindenden »Girl's Days« sich mehr Mädchen für technische Berufe interessieren und sich darin ausbilden lassen. Anstelle von strukturellen Änderungen in Schule

und Ausbildung sollen diese Maßnahmen individuell zu Änderungen der Berufswahlentscheidungen führen.

Zuletzt sei noch eine Entwicklung benannt, die sich besonders explizit in Ostdeutschland findet, aber auch in Westdeutschland im Zuge von Ökonomisierungs- und Wettbewerbsdruck bei freien TrägerInnen der Jugendhilfe zunehmend zu konstatieren ist: Kleinere und mittlere TrägerInnen der Jugendhilfe **fusionieren**, so dass Mädchenarbeit als offenkundiges Angebot verschwindet. So sind in jüngster Zeit Vereine entstanden, die zwar genderspezifische Angebote machen und Mädchen bzw. Jungenarbeit auch fachlich anbieten – diese aber in der Bezeichnung des Trägers/der Trägerin kaum für Außenstehende mehr deutlich kenntlich sind. Vor dem Hintergrund von Gender Mainstreaming ist diese Fusion eine vollkommen logische und richtige Entwicklung. Dennoch liegen, wie weiter vorn beschrieben, viele Gefahren darin.

In Ostdeutschland haben wir noch zusätzlich das Problem der tradierten Geschlechtsblindheit und der noch nicht flächendeckenden bzw. noch nicht ausreichend vorhandenen Professionalisierung.

III. 2. Moderne Verdeckungszusammenhänge in aktuellen Lebenslagen und neue Anforderungen und Bewältigungsstrategien

Die moderne Lebenssituation von Jugendlichen bringt relativ neue Herausforderungen mit sich: z.B. eine unsichere Zukunftsperspektive, in der nicht mehr davon ausgegangen werden kann, dass ein Beruf erlernt und lebenslang ausgeübt wird. Festzustellen ist eine Entstrukturierung von Lebensläufen: es gibt kein Schema mehr, die nächsten Schritte sind immer ungewiss. »Schule besuchen, Ausbildung machen, Mann kennen lernen, Kinder kriegen« ist nicht mehr das Orientierungsmuster (nicht dass die Lebenspraxis jemals so einfach gewesen wäre, aber die **Orientierungsmuster** waren früher klarer). Eine Folge dieser Entstrukturierung ist die zunehmende **Bedeutung von Übergängen**, die in mehrere Richtungen offen sind: nach der Schule mache ich eine Ausbildung, die breche ich ab, gehe vielleicht wieder in die Schule; ziehe wegen einer Beziehung von zuhause aus, die Beziehung scheitert, ich ziehe wieder bei den Eltern ein...! Es ist nicht mehr ein ständiges »Vorwärtskommen«, man spricht eher von einem »Jojo-Charakter« (Stauber 2007). Er muss nicht an sich ein Problem sein, kann aber zu Schwierigkeiten führen; auf jeden Fall müssen diese Herausforderung bewältigt werden. Das bringt neue Kompetenzanforderungen an Mädchen und Jungen mit sich. Gerade bei den Mädchen ist zu beobachten:

sie spüren, dass Selbstmanagement gefragt ist, sie spüren, dass sie »alles im Griff« haben müssen, schnell sein müssen ... es gibt nicht richtig Zeit, um etwas auszuprobieren, alles muss gleich klar sein. Damit sind Spielräume verloren gegangen, die eigentlich notwendig sind, um bei sich selbst etwas zu entdecken. Bei einigen ist auch eine gegenteilige Bewältigungsstrategie festzustellen, die sich auf das Hier und Jetzt konzentriert und eine Planung ablehnt, weil eh niemand weiß, was kommt...

Dramatischere Bewältigungsformen sind Selbst- und Fremdverletzungen, um sich überhaupt als wirksam erleben zu können, da in Bezug auf die Gestaltung der eigenen Lebenslagen die Möglichkeit, sich wirksam fühlen zu können weitgehend verloren gegangen.

Dies alles findet sich im modernen Mythos der Gleichberechtigung. Ein Mythos ist es deshalb, weil die Faktoren der Ungleichheit verdeckt sind und sich erst im späteren Lebensverlauf zeigen. Der Mythos besagt: »Wenn du was nicht hinkriegst, dann liegt es an dir, die Struktur beinhaltet keine Benachteiligung«. D.h., wenn etwas nicht klappt, dann ist es ein individuelles Problem. D.h., in den neuen Herausforderungen und auch Bewältigungsweisen ist die Geschlechterperspektive zunehmend wieder verdeckt, ohne dass sie grundlegend gelöst wäre. Für die Mädchen scheint diese Perspektive oft nur schwer zugänglich zu sein. Dieser Mythos beinhaltet auch, dass die neuen Anforderungen zielgruppenneutral an alle Jugendlichen gleichermaßen adressiert werden, egal ob sie viele Ressourcen oder keine mitbringen, egal ob sie Jungen oder Mädchen sind: Alle haben (angeblich) die gleichen Startpunkte.

Die tatsächlich sehr unterschiedlichen Startpunkte zum Thema zu machen, wäre eine wichtige neue Aufgabe – auch der Mädchenarbeit!

IV. Diversity und Gerechtigkeit: (neue) Orientierungen für die Mädchenarbeit? Oder warum ein mädchenpolitischer Neuaufbruch notwendig ist!

Zu konstatieren sind wachsende Unübersichtlichkeiten und erschwerte Transformationen zwischen Theorie(n) und Praxis. Dadurch sind Gefahren von Simplifizierungen, Vereinfachungen und Funktionalisierungen gegeben. In den Theoriedebatten von Frauen- und Geschlechterforschung finden sich wachsende Komplexitäten und Dynamiken der Entwicklung, aber auch Unübersichtlichkeit und fehlende Transformationen in die Praxis. Die Schere zwischen Theorie und Praxis wird immer größer, wie auch die Gefahr von Simplifizierungen, wie es sich

z.B. beim Konzept von »Doing Gender« zeigt. Typisch sind auch einseitige Rezeptionen, z.B. in Debatten um Intersektionalität. Logisch vor dem Hintergrund der Ökonomisierung und von neoliberalen Ausdeutungen sind auch Funktionalisierungen von Konzepten, die z.B. beim Gender Mainstreaming oder beim Managing Diversity ganz deutlich werden.

Die **Mädchenarbeit wird nun von verschiedenen Seiten in Frage gestellt** und muss sich neu behaupten: Einmal durch die neue Sozialpolitik mit ihrer Individualisierung und der Negierung von Gender, aber auch von den Mädchen selbst. Sie wehren sich dagegen, einer Gruppe zugeordnet zu werden, die – in ihrer Wahrnehmung – nicht so viel kann oder nicht so viel hat, auf jeden Fall mit Benachteiligung assoziiert wird. Dies wird als Makel wahrgenommen, d.h. sie wenden die Individualisierung auf sich selbst an und reagieren mit »vielleicht brauchen' s andere, ich nicht«. Die neuen Theoriedebatten stellen vom Konzept Gender her Anfragen an eine geschlechterfokussierte Jugendarbeit und fordern Relativierungen, die in der Praxis leicht wie ein Rückfall aussehen könnten.

Für die Mädchenarbeit ist es also notwendig, sich neu auf einen **Bezugspunkt** zu besinnen, der ihren Sinn klärt. Die Geschlechterfrage können wir mittlerweile nicht mehr als alleinige gesellschaftliche Kategorie thematisieren, d.h. wir müssen sie **mit anderen Fragen verbinden**: Mit sozialer Armut, mit ethnischen Hierarchien, mit regionalen Unterschieden usw. Das bedeutet praktisch, neue Ausdifferenzierungen innerhalb der Gruppe der Mädchen vorzunehmen: um welche Mädchen geht es, mit welchen Ressourcen und mit welchen Hintergründen? Das erfordert für die Mädchenarbeit auch die Chance und Notwendigkeit, neue Bündnisse einzugehen.

In der theoretischen Diskussion zu »Geschlecht« finden sich mittlerweile Erweiterungen und Anforderungen, komplexer an die Genderfrage heranzugehen – dadurch auch lassen sich die Verunsicherungen aufnehmen und differenziertere Konzepte entwickeln. Im Folgenden sollen die theoretischen Bezugspunkte »Intersektionalität« und »Diversity« und darin die Gerechtigkeitsfrage kurz erläutert werden, bevor im letzten Kapitel einige Schlussfolgerungen für die Mädchenarbeit daraus gezogen werden. Uns ist sehr wohl bewusst, dass dies insbesondere im Hinblick auf Intersektionalität viel zu knapp angedeutet und nicht differenziert ausgeführt wird. Dies soll auch nicht Anliegen sein. Vielmehr wollen wir erreichen, dass sich Aufmerksamkeiten und Interessen gegenüber neuen theoretischen Debatten entwickeln.

IV. 1. Intersektionalität

In diesen Debatten geht es im Kern um die Neubestimmung der Verschränkung und gegenseitigen Potenzierung von Strukturen sozialer Ungleichheit. Als klassische intersektionale Kategorien der Frauen- und Geschlechterforschung gelten in den 1970er Jahren Klasse, Rasse und Geschlecht. In neueren Debatten sollen gar bis zu 14 Kriterien berücksichtigt werden. Vorliegende intersektionale Studien und Debatten sind häufig verkürzt und beziehen sich auf ganz verschiedene Ebenen (Degele/Winker 2009). Manche reden statt von Intersektionalität von Geschlecht als interdependenter Kategorie. Auf der Theorie-Ebene scheint Gender einerseits »en vogue« zu sein, ohne dass man sich als WissenschaftlerIn nicht mehr ausweisen könne. Andererseits ist die Erfolgsgeschichte der Intersektionalität auch Ausdruck von einem Bedürfnis nach »friedlicher Koexistenz« verschiedener, nicht vermittelter theoretischer Diskurse. Wie bekannt ist, gab und gibt es immer wieder Auseinandersetzungen um Konzepte der Analyse von Geschlechterverhältnissen im Vergleich zu anderen Konzepten, die die Hautfarbe, die ethnische Zugehörigkeit etc. zum Ausgangspunkt machen. Immer wieder spielt hinein, dass es so eine Art von Hierarchien zwischen den sozialen Kategorien gibt – oder auch nicht. Für PragmatikerInnen bieten Intersektionalitätsdebatten, in denen alle sozialen Kategorien nebeneinander und miteinander sich gegenseitig im Hinblick auf soziale Ungleichheiten potenzierend, gleichwertig gegenüber stehen, relativ unkomplizierte Begründungen für Kooperationen und neue Bündnisse. Der festgefahrene Gender-Diskurs (Geschlecht als Strukturkategorie, die aber heute allein nicht mehr ausreichend sei, um Benachteiligungen zu beschreiben und entsprechende Politiken zu begründen) scheint durch Intersektionalität aufgeweicht und damit für weitere Innovationen zugänglich. Dies ist jedoch viel zu einfach. Notwendig ist tatsächlich zu bestimmen, welche Ebene von welchen Ungleichheitskategorien gemeint sind, wie diese miteinander verknüpft sind und wie sich neue Hierarchisierungen durchsetzen.

Degele und Winker (2009) schlagen ein Mehr-Ebenen-Modell vor, das die Makro-, Meso- und Mikroebene berücksichtigt: Während die beiden ersten Ebenen Geschlecht als Strukturkategorie begründen – und damit das Konzept der doppelten Vergesellschaftung einschließen, die in gesellschaftliche Institutionen eingeschrieben ist – wird in der Mikro-Ebene die Konstruktion, die Entstehung von Geschlecht als Identitätskategorie beschrieben (Doing Gender). Die vierte Ebene ist schließlich die der symbolischen Repräsentationen, also Phänomene und Prozesse, die mit Normen und Ideologien verknüpft sind. Diese Ebenen sind bei Analysen zueinander ins

Verhältnis zu setzen und klar zu bestimmen. Daher können aus dem weder methodologisch, theoretisch, noch methodisch ausreichend diskutierten und begründeten Ansatz weder schnelle theoretische Anschlüsse noch praktische Konsequenzen entsprechender Allianzen und Projekte gezogen werden.

IV. 2. Diversity und Gerechtigkeit

›Diversity‹ bedeutet in seiner einfachen Wortkonnotation schlicht ›Vielfalt‹ und ›Verschiedenheit‹. Das Konzept ist eine Weiterentwicklung des Genderkonzepts, indem auch andere Verschiedenheiten miteinbezogen werden. Während der Intersektionalitätsansatz aus den wissenschaftlichen Theorieentwicklungen heraus entstanden ist, ist ›Diversity‹ eher eine praktische Kategorie. Allerdings hat sie eine schillernde Bedeutung: in ökonomischen Kontexten ist es eine Kategorie zur Optimierung des wirtschaftlichen Erfolgs von Betrieben, in anerkennungspolitischen Kontexten verweist die Kategorie dagegen auf ein Gerechtigkeitsverständnis, das bürgerrechtliche Anerkennung für alle Gruppen, so verschieden sie eben auch sind, einfordert – was deren erkennen und beachten selbstverständlich voraussetzt. Deutlich wird, dass ein Bezugspunkt gesucht werden muss, mit dem sich entscheiden lässt, in welcher Weise das Konzept genutzt wird, damit ›Diversity‹ nicht zu einem einfachen Begriff von Beliebigkeit verkommt im Sinne »alles o.k., anything goes...«.

Vielfalt ist konstitutiv für gesellschaftliche Wirklichkeit, denn diese lässt sich nicht durch eine Kategorie erklären. ›Diversity‹ hat dabei eine analytische und eine normative Dimension. Analytisch werden Aussagen über Wirkmächtigkeit von Unterschieden getroffen, wobei nicht die Unterschiede, sondern das Unterschieden-Werden zentral ist. Das Programm der Anerkennung ist hingegen normativ.

›Diversity‹ kann dabei in unterschiedlichen Absichten zur Anwendung gebracht werden. In einer affirmativen Bedeutung wird sie eher instrumentell als Mittel zum Zweck genutzt (z.B. in Ökonomie) und zielt auf eine einfache Verstärkung identitätslogischen Denkens, die Gruppeninteressen ohne Rücksicht auf zentrale gesellschaftliche Ungleichheiten verstärkt. In der kritisch-reflexiven Anwendung geht es um Versuche, die Komplexität (Achsen der Differenz, Dimensionen der Ungleichheit...), die Kontextualität (hier in dieser konkreten Situation hat die betreffende Verschiedenheit jeweils genau diese Bedeutung oder Nicht-Bedeutung) und die Kontingenz (historisch-konkret, von Menschen gemacht – damit veränderbar) des Sozialen zu erkennen und zur Geltung zu bringen.

Beide Anwendungsformen zeigen, dass auch die Thematisierung von Vielfalt einen hintergründigeren Bezugspunkt braucht. Wir schlagen vor: Gerechtigkeit. Gerechtigkeit kann gedacht werden als eine Frage der Teilhabe, mit der wir prüfen können, ob es um Beliebigkeit oder um ein gerechtigkeitspolitisches Konzept von »Diversity« geht. Nancy Fraser macht in ihrem Konzept deutlich, dass die Frage der Anerkennung von Verschiedenheit (Diversity) immer gekoppelt werden muss mit der Frage der Verteilungsgerechtigkeit. Wird Verschiedenheit auf Kosten von sozialer **Gerechtigkeit** favorisiert, kann sie nicht in einem umfassenden Sinn »gerecht« sein ebenso wenig wie »Gleichheit« der Verteilung um den Preis der Verdeckung von Verschiedenheit gerecht sein kann.

Für eine gerechtigkeitsorientierte Diversity-Politik brauchen wir demzufolge eine Doppelstrategie: Anerkennung (und Förderung) der Verschiedenheit in Verbindung mit sozialer Gerechtigkeit als Anerkennung der Gleichheit der Ansprüche. D.h., es bedarf einerseits des Kampfes um gleiche Rechte, gleiche Zugänge, gleiche Mittel für Mädchen- und Jungenarbeit, andererseits aber auch des Kampfes um die Anerkennung von Differenz: wir müssen Möglichkeiten schaffen, dass es verschiedene Arten von Angeboten für verschiedene Mädchen gibt.

V. Ein versuchtes Fazit

Mädchenarbeit muss sich im Spannungsfeld von »Einmischung und Eigensinn« neu verorten. Dabei gilt es, die Verdeckungszusammenhänge im Geschlechterverhältnis und der Legitimation von Mädchenarbeit in Beziehung zu bringen und sich dabei eine Reihe neuer fachlicher Herausforderungen zu stellen. Zu nennen sind die der Zielgruppen und ihrer Zugänge zur Mädchenarbeit, Fragen des Verhältnisses von Pädagoginnen und Mädchen wie auch des konkreten Aufeinander-Beziehens von Mädchen- und Jungenarbeit sowie koedukativer Settings und Cross Work. Auch Fragen von inhaltlichen Herausforderungen, z.B. beim Selbstverständnis als pädagogische Begleitung von biographischen Übergängen oder beim Anspruch, die nach wie vor virulenten sexistischen Strukturen gegenüber Mädchen aufzudecken und entsprechend zu thematisieren, bedürfen ebenso einer steten, kritischen Analyse und Reflexion der pädagogischen Praxis und Forschung wie die Bedingungen der Umsetzung von Prinzipien der Mädchenarbeit. Fachliche Anforderungen an die Vermittlung von Gender-Kompetenzen sind ebenso gefordert wie auch die Thematisierung der nach wie vor vorhandenen Disparitäten zwischen Ost und West oder auch anderer regionaler Unterschiede.

Mädchenarbeit befindet sich wie auch die gesamte Jugendhilfe derzeit unter einem immensen fachlichen wie auch politischen Druck. Die fachlichen Schlagworte von Flexibilisierung und Sozialraumorientierung werden in der Praxis häufig auf bestimmte Debatten von Finanzierung oder Effektivität verkürzt. Normative Erwartungen scheinen gerade mit Einführung neuer Paragraphen (z.B. 8 a SGB VIII) vor dem Hintergrund öffentlicher Wahrnehmungsweisen von sozialen Problemen bei Kindern, Jugendlichen und ihren Familien verknüpft zu werden. Präventive Angebote wie Mädchen- und Jugendarbeit geraten so in die reale Gefahr von Einsparungen.

Mädchenarbeit muss daher »alte Ziele« und neue Bündnisse im Zusammenhang mit dem Verständnis als *politische Akteurin* ausloten (Gerechtigkeit, Debatten um »neue Freiheit«) und nach innen lernen, Formen zu flexibilisieren.

- **Alte Ziele:** nach wie vor geht es darum, Mädchen zu ihrem Eigenen zu verhelfen, Selbstvertrauen zu stärken und Non-Konformes zu akzeptieren; Schwierigkeiten an Strukturen und nicht an den Mädchen selbst festzumachen. Wir müssen uns einmischen in die Kommune und (neuen) Raum erkämpfen für die Mädchenfrage, d.h. auch, die Leitlinien müssen neu zum Leben erweckt werden. Insbesondere geht es auch darum, aktuelle Debatten und Diskurse dahin gehend auszuloten, ob mögliche Anknüpfungspotenziale und Chancen für die Mädchenarbeit darin liegen. Andererseits, so ist weiter vorn ausgeführt, sind sozialpolitische Begriffe und Konzepte auf ihre Bedeutungen und Implikationen kritisch zu prüfen: Geht es um Verhältnisse und gesellschaftliche Strukturen oder geht es um die/den Einzelne/n? Vor diesem Hintergrund gestalten sich Einmischungsstrategien komplizierter.
- **Neue Bündnisse:** als politische Akteurin müssen wir uns, durchaus auch punktuell, mit anderen zusammentun und vernetzen, um uns deutlicher positionieren zu können: wir weisen die Ansinnen neoliberaler Politik zurück, z.B. in einer Weise »effektiv« arbeiten zu können.
- **Flexible Formen:** Gleichzeitigkeit von Zielgruppenansatz/Mädchenansatz, reflektierte Konzepte von Koedukation/Teil-Koedukation, wir müssen immer wieder neu, auch mit den Mädchen gemeinsam, suchen: »Was passt denn jetzt für euch?« Die Richtigkeit von Mädchenarbeit können wir nicht an der Form festmachen.

Das Verhältnis von fachlicher Eigenständigkeit und Öffnungen muss diskutiert, aber nicht gegeneinander ausgetauscht werden. Das bedeutet für die Praxis, dass ohne Fachlichkeit und Gender-Politik Öffnungen zu leeren Hüllen werden (»Cross-Over machen wir schon«). Für die Wissenschaft ist gefordert, dass sich Soziale Arbeit den Fragen von Diversität und Intersektionalität intensiver widmet.

Insgesamt müssen wir uns wieder als politische Akteurin ins Feld bringen, d.h., sowohl in vorhandenen Strukturen, als auch inhaltlich: wir müssen uns klar positionieren und nach außen vermitteln, wir vertreten nicht alte Zöpfe, sondern stehen ein für eine aktuelle Auseinandersetzung! Das gilt insgesamt für die Soziale Arbeit: sie muss sich als eigenständig etablieren, nicht nur als Vollzugsorgan für eine neue Sozialpolitik einspannen lassen. Das gilt speziell für die Mädchenarbeit, weil diese besonders in Frage gestellt wird.

Prof. Dr. Maria Bitzan, Reutlingen

Dipl. Pädagogin, Hochschule Esslingen, Autorin, Schwerpunkte Mädchen- und Frauenforschung, Gemeinwesenarbeit; Mitbegründerin des Forschungsinstituts tifs, vielfältige Praxisberatungen und Begleitforschungen

Prof. Dr. Birgit Bütow, Jena

Sozialpädagogin und Soziologin, Autorin, Fachhochschule Jena, Philipps-Universität Marburg, TU Dresden, Schwerpunkt Mädchen- und Frauenarbeit, vielfältige Mitarbeit in diversen wissenschaftlichen und wissenschaftspolitischen Gremien

Anhang

- 1 Neoliberalismus (Zusammensetzung aus altgriech. *neos neu*, und Liberalismus) ist eine Neubelebung des Liberalismus in der Mitte des 20. Jahrhunderts. Der Liberalismus (lat. Liber (kursiv): frei, lat. Liberalis (kursiv): die Freiheit betreffend, freiheitlich) ist eine philosophische, ökonomische und politische Ideologie, die die individuelle Freiheit als normative Grundlage der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung anstrebt.
<http://de.wikipedia.org/wiki/Liberalismus>, 3.11.2010

Literatur

- WINKER, GABRIELE/DEGELE, NINA 2009: Intersektionalität: Zur Analyse sozialer Ungleichheiten, Transcript Verlag
- STAUBER, BARBARA 2007: Lebenslauf, Biographie, Übergänge – woran soll sich Hilfe orientieren? Download: <http://www.erziehungswissenschaft.uni-tuebingen.de/Abteilungen/Sozialpaedagogik/Sozialpaedagogiktag/2007/index.html>

Literatur zum Weiterlesen und Vertiefen aus den Arbeiten der Verfasserinnen:

- BITZAN, MARIA 2005: Geschlechterverhältnis und soziale Arbeit. In: Engelfried, Constance (Hg.): Soziale Organisationen im Wandel. Fachlicher Anspruch, Genderperspektive und ökonomische Realität. Campus Verlag, Frankfurt/ New York, S. 81 – 100
- BITZAN, MARIA/BOLAY, EBERHARD/THIERSCH, HANS 2006: Die Stimme der AdressatInnen. Biographische Zugänge in den Ambivalenzen der Jugendhilfe. In: dies.: Die Stimme der Adressaten. Empirische Forschung über Erfahrungen von Mädchen und Jungen mit der Jugendhilfe. Weinheim und München, S. 257 – 288
- BITZAN, MARIA 2007: Feministische Mädchenarbeit im Verbund. Kommentierung. In: Bundesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik e.V. Info Nr. 8 »Perspektiven der Geschlechterpädagogik in der Diskussion«. Berlin, S. 43 – 54
- BITZAN, MARIA 2008: Wem nützt die Kooperation von Jugendarbeit und Schule? Ergebnisse des Förderprogramms in Baden-Württemberg und Impulse für die Jugendhilfeplanung. In: Henschel, Angelika/Krüger, Rolf/Schmitt, Christof/Stange, Waldemar (Hg.): Jugendhilfe und Schule. Handbuch für eine gelingende Kooperation. VS-Verlag Wiesbaden, S. 491 – 507
- BITZAN, MARIA 2009: Eigensinn und Normalisierung: Parteiliche Mädchenarbeit im 21. Jahrhundert. In: Bundesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik e.V. Info Nr. 10 »10 Jahre BAG Mädchenpolitik – aktive Politik für Mädchen und Frauen«. Berlin, S. 22 – 27
- BITZAN, MARIA 2009: »Mädchenarbeit ist mehr als die Arbeit mit Mäd-

chen!« in: Mädchenpolitisches F.O.R.U.M, Fachbroschüre der Landesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik in Hessen, Ausgabe 2009, Marburg, S. 49 – 64

BITZAN, MARIA 2010: »Mädchenarbeit im Spannungsfeld von genderbewusster Sozialer Arbeit und Neoliberalisierung.« In: Dokumentation: Fachgespräch »Perspektiven und Zukunft der Mädchenarbeit und Mädchenpolitik«, hg. von Tritta e.V. Verein für feministische Mädchenarbeit, Freiburg, S. 8 – 12

BITZAN, MARIA i.E.: Zum Bedeutungsverlust der Kategorie »Gender.« In: Sonderheft der neuen Praxis

BÜTOW, BIRGIT 1994: Überlegungen zur sozialpädagogischen Mädchen- und Frauenarbeit in Ostdeutschland. Berliner Debatte Initial H. 4, S. 15 – 28

BÜTOW, BIRGIT/CHASSÉ, KARL AUGUST/MAURER, SUSANNE (Hrsg.) 2006: Soziale Arbeit zwischen Aufbau und Abbau. Transformationsprozesse im Osten Deutschlands und die Kinder- und Jugendhilfe. Wiesbaden

BÜTOW, BIRGIT/CHASSÉ, KARL AUGUST 2008: Soziale Arbeit im Osten – Abbau im Aufbau? In: Bütow / Chassé / Hirt (Hrsg.): Soziale Arbeit nach dem Sozialpädagogischen Jahrhundert. Positionsbestimmungen Sozialer Arbeit im Post-Wohlfahrtsstaat, Opladen & Farmington Hills, S. 77 – 92

BÜTOW, BIRGIT 2010: Mädchenarbeit in der Sozialpädagogik. In: Matzner/Wyrobnik (Hrsg.): Handbuch Mädchenpädagogik, Beltz Verlag, S. 286 – 299

BÜTOW, BIRGIT/MUNSCH, CHANTAL (Hrsg.) 2011: Soziale Probleme, Soziale Arbeit und Geschlecht. Aktuelle Positionsbestimmungen. Münster (i.E.)